

LANV fordert eine neue Alterskultur

Der LANV spricht sich in seiner Stellungnahme zur AHV-Revision gegen eine pauschale Erhöhung des Rentenalters aus und plädiert für eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit durch schrittweise Übergänge in den Ruhestand.

GÜNTHER FRITZ

VADUZ. Der Liechtensteinische Arbeitnehmerverband (LANV) hat gestern seine Stellungnahme zum Vernehmlassungsbericht der Regierung zur AHV-Revision veröffentlicht. Infolge der demografischen Entwicklung (tiefe Geburtenraten, steigende Lebenserwartung) würden auf einen Rentner immer weniger Erwerbstätige kommen, halten LANV-Präsident Sigi Langenbahn und LANV-Gewerkschaftssekretärin Martina Haas fest. Zusätzlich verkürze sich die Erwerbsphase durch vermehrte Frühpensionierungen und längere Ausbildungsphasen, womit eine immer grössere Nachhaltigkeitslücke in der AHV entstehe.

Nachhaltigkeitslücke schliessen

«Um diese Nachhaltigkeitslücke zu schliessen, brauchen wir entweder mehr Zuwanderung, Produktivitätssteigerungen oder längere Arbeitszeiten», heisst es in der LANV-Stellungnahme. Zuwanderung stelle aber eine gesellschaftspolitische Herausforderung dar, wie das Schweizer Abstimmungsergebnis zur Masseneinwanderungsinitiative gezeigt habe.

Produktivitätssteigerung wird nach den Ausführungen des

LANV durch Innovationen und verbesserte Produktions- und Arbeitsabläufe erreicht. Arbeitgeberverbände würden aber immer lauter Produktivitätssteigerung durch längere Wochenarbeitszeiten fordern. Der LANV spricht sich jedoch klar gegen längere Arbeitszeiten aus. Diese seien kontraproduktiv.

Mehr Arbeit, mehr Druck

«Arbeitszeiterhöhungen stehen der Innovation im Wege, weil Kostenersparnisse im Vordergrund stehen und nicht verbesserte Produktions- und Arbeitsabläufe», hält der LANV weiter fest. Die Vereinbarkeit von Familie und Erwerb werde erschwert, was sich negativ auf die Geburtenrate auswirke. «Aus mehr Arbeit, mehr Druck und weniger Regeneration folgen mehr und längere Krankheiten, insbesondere im Alter, mehr Abschiebungen in Frühpensionierungen, in die Invalidität und Altersarbeitslosigkeit», so der LANV.

Lebensarbeitszeit verlängern

Beim LANV ist man sich im Klaren darüber, dass es wegen der demografischen Alterung und der Nachhaltigkeitslücke in der Altersvorsorge in Zukunft unumgänglich sein wird, die Le-



Bild: Elma Korac

LANV-Präsident Sigi Langenbahn: «Wir brauchen eine Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit.»

bensarbeitszeit zu verlängern. Der LANV wehrt sich aber gegen eine pauschale Erhöhung des Rentenalters von 64 auf 65 Jahre zur langfristigen finanziellen Sicherung der AHV, da diese vollkommen an der Realität vorbei gehe. Schon heute würden das gesetzliche und das tatsächliche Rentenalter weit auseinander liegen.

Perspektivenwechsel notwendig

«Wir brauchen eine Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit und nicht eine Erhöhung des Renteneintrittsalters, mit anderen Worten weniger Frühpensionierungen und weniger vorzeitiges Ausscheiden aus gesundheitlichen Gründen oder wegen Altersarbeitslosigkeit», heisst es in der Stellungnahme zur AHV-Revision.

Durch die Abschiebung von leistungsfähigen Älteren aus dem Arbeitsleben wird nach Ansicht des LANV wertvolles Erfahrungswissen entwertet, was zu einem negativen Altersbild beitrage. Viele Betriebe seien immer noch auf den jungen, männlichen, gesunden Arbeitnehmer ausgerichtet, obwohl diese Gruppe entgegen landläufiger Meinung schon lange nicht mehr dominant sei. Dazu schreibt der LANV: «Dringend notwendig ist ein Perspektivenwechsel zu einer neuen Alterskultur, die weit über die Diskussion über das Pensionsalter hinausgeht. Die Wirtschaft, die Sozial- und Gesundheitspolitik, das Bildungswesen und der Arbeitsmarkt müssen umdenken und sich neu ausrichten.»

Aus den genannten Überlegungen kann der LANV einer Erhöhung des Rentenalters auf keinen Fall zustimmen. Ziel müsse es sein, die Lebensarbeitszeit zu verlängern anstatt das Rentenalter pauschal zu erhöhen und damit die Problematik zu verlagern. Dies sei ein langwieriger Prozess, der rasch angegangen werden müsse. Der LANV bietet der Regierung seine volle Unterstützung an. Letzten Endes müsse auch die gesamte Wirtschaft vom Potential älterer Arbeitnehmenden überzeugt werden.

13. Monatsrente beibehalten

Weiter lehnt der LANV auch den Vorschlag der Regierung ab, das Weihnachtsgeld durch Umlegung der 13. Rente auf 12 Monatsrenten und Nichtausrichtung der Teuerung bis zur Tilgung des heutigen Weihnachtsgeldes abzuschaffen. Das Weihnachtsgeld sei in den allermeisten Fällen kein Zustupf für Weihnachtsbeschenke, sondern wichtiger Rentenbestandteil, um ausserordentliche Zahlungen zum Jahreswechsel begleichen zu können. Auch aus diesem Grund ist es dem LANV ein grosses Anliegen, dass der Terminus «Weihnachtsgeld» durch «13. Monatsrente» ersetzt wird.